S 16 KR 1747/21

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	16
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 16 KR 1747/21
Datum	13.03.2023

2. Instanz

Aktenzeichen	L 16 KR 651/23 B KH
Datum	30.09.2024

3. Instanz

Datum	-

Auf die Beschwerde der KlÃ¤gerin wird der Beschluss des Sozialgerichts Detmold vom 13.03.2023 geÃ¤ndert. Der Streitwert fÃ¼r das erstinstanzliche Verfahren wird auf 1.925,04Â â¬ festgesetzt.

GrÃ¼nde:

I.

Â

Die KlÃ¤gerin wendet sich gegen die Streitwertfestsetzung des Sozialgerichts (SG) fÃ¼r das in der Hauptsache einvernehmlich erledigte Klage- und Widerklageverfahren.

Â

In dem nach Â§Â 108 SGBÂ V zugelassenen Krankenhaus der KlÃ¤gerin wurde im Zeitraum vom 10.05.2019 bis zum 17.05.2019 eine bei der beklagten Krankenkasse Versicherte stationÃ¤r behandelt. FÃ¼r diese Behandlung forderte die KlÃ¤gerin

von der Beklagten eine VergÃ¼tung i.H.v. 2.810,48Â â¬. Die Beklagte zahlte fÃ¼r die Behandlung nur einen Betrag i.H.v. 1.907,33Â â¬, weil sie der Meinung war, die KlÃ¤gerin habe nicht ordnungsgemÃ¤Ã abgerechnet. Die KlÃ¤gerin hat am 05.11.2021 Klage beim SG Detmold erhoben und die Zahlung der ausstehenden VergÃ¼tung i.H.v. 903,15Â â¬ geltend gemacht. Widerklagend hat die Beklagte mit Schriftsatz vom 16.12.2021 (Eingang beim SG am 23.12.2021) die Zahlung eines Betrages i.H.v. 1.021,89Â â¬ verlangt, weil sie auf der Basis eines Gutachtens des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) der Auffassung gewesen ist, die stationÃ¤re Behandlung sei in der Zeit vom 11.05.2019 bis zum 17.05.2019 nicht notwendig gewesen. Nach Einholung eines SachverstÃ¤ndigengutachtens haben die Beteiligten zur Erledigung des Klage- und Widerklageverfahrens einen Vergleich geschlossen.

Â

Mit Beschluss vom 13.03.2023 hat das SG den Streitwert fÃ¼r die Zeit vom 08.11.2021 bis zum 16.12.2021 auf 903,15Â â¬ und fÃ¼r die Zeit vom 17.12.2021 auf 1.925,04Â â¬ festgesetzt. Die mit der Klage und Widerklage geltend gemachten AnsprÃ¼che seien fÃ¼r die Zeit ab Erhebung der Widerklage nach Â§Â 45 Abs.Â 1 SatzÂ 1 GKG zusammenzurechnen; Â§Â 45 Abs.Â 1 SatzÂ 3 GKG sei nicht anwendbar (Hinweis auf Beschluss des Senats vom 03.07.2008 â L 16 B 31/08 KR â, Rn. 11, juris).

Â

Hiergegen hat die KlÃ¤gerin am 23.03.2023 Beschwerde eingelegt. Der Streitwert sei auf 903,15Â â¬ festzusetzen, da Klage und Widerklage denselben Gegenstand betrÃ¤fen.

Â

Die Beklagte ist der Auffassung, der Streitwert sei auf 1.021,89Â â¬ festzusetzen, da Â§Â 45 Abs.Â 1 SatzÂ 3 GKG anwendbar sei.

Â

Mit Beschluss vom 16.06.2023 hat das SG der Beschwerde nicht abgeholfen. Die StreitgegenstÃ¤nde der Klage und Widerklage seien nicht identisch. Die KlÃ¤gerin habe mit der Klage ein âMehrâ an VergÃ¼tung begehrt, als sie erhalten habe. Mit der Widerklage habe die Beklagte ein âWenigerâ der bereits gezahlten VergÃ¼tung geltend gemacht.

Â

II.

Â

Ã□ber die Beschwerde der KlÃ¤gerin gegen die Streitwertfestsetzung des SG entscheidet der Senat in der Besetzung mit drei Berufsrichterinnen und -richtern, nachdem der Berichterstatter das Verfahren nach Â§Â 197a Abs.Â 1 SatzÂ 1 SGG, Â§Â 68 Abs.Â 1 SatzÂ 5 i.V.m. Â§Â 66 Abs.Â 6 SatzÂ 2 GKG wegen grundsÃ¤tzlicher Bedeutung dem Senat Ã¼bertragen hat. Ehrenamtliche Richter wirken nach Â§Â 68 Abs.Â 1 SatzÂ 5 i.V.m. Â§Â 66 Abs.Â 6 SatzÂ 3 GKG nicht mit.

Â

Die Beschwerde der KlÃ¤gerin gegen die HÃ¶he des mit Beschluss des SG vom 13.03.2023 festgesetzten Streitwerts ist zulÃ¤ssig, aber nur teilweise begrÃ¼ndet. Das SG ist mit dem angefochtenen Beschluss zu Recht davon ausgegangen, dass die Streitwerte von Klage und Widerklage fÃ¼r das erstinstanzliche Verfahren zusammenzurechnen sind, so dass der Streitwert insgesamt 1.925,04Â â□¬ betrÃ¤gt (hierzu unter 1). Der Beschluss ist jedoch insofern zu Ã¤ndern, als das SG unzutreffend â□□ aber einer frÃ¼heren Rechtsprechung des Senats folgend â□□ eine zeitliche Staffelung der Festsetzung des Streitwerts vorgenommen hat. Diese Rechtsprechung gibt der Senat auf. Der Streitwert nach dem GKG ist nicht nach Verfahrensabschnitten gestaffelt festzusetzen (hierzu unter 2).

Â

1. GemÃ¤Ã□ Â§Â 197a Abs.Â 1 SatzÂ 1 TeilsatzÂ 1 SGG i.V.m. Â§Â 63 Abs.Â 2, Â§Â 52 Abs.Â 1 und Â§Â 47 Abs.Â 1 GKG ist der Streitwert nach der sich aus dem Antrag des KlÃ¤gers fÃ¼r ihn ergebenden Bedeutung der Sache nach Ermessen zu bestimmen. Die Bedeutung entspricht in der Regel dem wirtschaftlichen Interesse an der erstrebten Entscheidung und ihren Auswirkungen. Betrifft der Antrag eine bezifferte Geldleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt, ist deren HÃ¶he maÃ□gebend (Â§Â 52 Abs.Â 3 SatzÂ 1 GKG). Nach Â§Â 45 Abs.Â 1 SatzÂ 1 GKG werden in einer Klage und in einer Widerklage geltend gemachte AnsprÃ¼che, die nicht in getrennten Prozessen verhandelt werden, zusammengerechnet. Betreffen diese AnsprÃ¼che denselben Gegenstand, ist nur der Wert des hÃ¶heren Anspruchs maÃ□gebend (SatzÂ 3).

Â

Entgegen der Auffassung der Beteiligten sind die Werte von Klage und Widerklage gemÃ¤Ã□ Â§Â 45 Abs.Â 1 SatzÂ 1 GKG zusammenzurechnen, denn Klage und Widerklage betrafen nicht denselben Gegenstand im Sinne von Â§Â 45 Abs.Â 1 SatzÂ 3 GKG. Die Voraussetzungen von Â§Â 45 Abs.Â 1 SatzÂ 3 GKG liegen nicht vor.

Â

FÃ¼r die Frage, ob Klage und Widerklage denselben Gegenstand in diesem Sinne betreffen, kommt es nicht auf den zivilprozessualen Streitgegenstandsbegriff an. Der kostenrechtliche Gegenstandsbegriff der Vorschrift erfordert vielmehr eine wirtschaftliche Betrachtung. Eine Zusammenrechnung hat grundsÃ¤tzlich nur dort

zu erfolgen, wo durch das Nebeneinander von Klage und Widerklage eine wirtschaftliche WerthÃ¤ufung entsteht, beide also nicht das wirtschaftlich identische Interesse betreffen. Hiervon ist nach dem von der Rechtsprechung entwickelten â□□IdentitÃ¤tsgrundsatzâ□□ auszugehen, wenn die AnsprÃ¼che aus Klage und Widerklage nicht in der Weise nebeneinanderstehen kÃ¶nnen, dass das Gericht unter UmstÃ¤nden beiden stattgeben kÃ¶nnte, sondern die Verurteilung nach dem einen Antrag notwendigerweise die Abweisung des anderen Antrages nach sich zÃ¶ge (Bundesgerichtshof (BGH), Beschluss vom 06.06.2013 â□□ I ZR 190/11 â□□, Rn.Â 11, juris; BGH, Beschluss vom 06.10.2004 â□□ IV ZR 287/03 â□□, Rn.Â 8 f. m.w.N., juris; Landessozialgericht (LSG) NRW, Urteil vom 06.12.2016 â□□ L 1 KR 358/15 â□□, Rn.Â 101, juris).

Â

Jedoch greift der IdentitÃ¤tsgrundsatz dann nicht ein, so dass Â§Â 45 Abs.Â 1 SatzÂ 3 GKG nicht anzuwenden ist, wenn mit der Klage und Widerklage TeilansprÃ¼che aus demselben RechtsverhÃ¤ltnis hergeleitet werden (DÃ¶rndorfer in Binz/DÃ¶rndorfer/Zimmermann, GKG, 5. Aufl. 2021, Â§Â 45 Rn.Â 5), die sich rechtlich zwar wechselseitig ausschlieÃ□en, wirtschaftlich aber nicht Ã¼berschneiden, sondern unterschiedliche VermÃ¶genspositionen betreffen. Dementsprechend findet eine Werteaddition nach MaÃ□gabe von Â§Â 45 Abs.Â 1 SatzÂ 1 GKG auch in FÃ¤llen statt, in denen der KlÃ¤ger aus einem streitigen RechtsverhÃ¤ltnis einen Ã¼ber geleistete Zahlungen hinausgehenden Rest- oder Mehrbetrag beansprucht, wÃ¤hrend der Beklagte widerklagend einen Teil der geleisteten Zahlungen als nicht geschuldet zurÃ¼ckverlangt. In solchen FÃ¤llen bildet die aus dem RechtsverhÃ¤ltnis geschuldete GesamtvergÃ¼tung den Gegenstand des Streits der Parteien (BGH, Beschluss vom 11.03.2014 â□□ VIII ZR 261/12 â□□, Rn.Â 5 m.w.N., juris; Oberlandesgericht (OLG) DÃ¼sseldorf, Beschluss vom 11.11.2008 â□□ I-10 W 114/08 â□□, Rn.Â 2 m.w.N., juris). Es geht wirtschaftlich um die Summe von Klage- und Widerklageforderung (OLG Braunschweig, Beschluss vom 07.07.2021Â â□□ 3Â W 30/21Â â□□, Rn. 20 m.w.N., juris).

Â

So verhÃ¤lt es sich hier. In einer wirtschaftlichen Gesamtbetrachtung haben die Beteiligten Ã¼ber KrankenhausvergÃ¼tung i.H.v. 1.925,04Â â□¬ fÃ¼r die stationÃ¤re Behandlung der Versicherten im Zeitraum vom 10.05.2019 bis zum 17.05.2019 und damit Ã¼ber die Summe der mit Klage und Widerklage verlangten BetrÃ¤ge gestritten. Damit ist diese Situation wirtschaftlich mit derjenigen vergleichbar, in der die Beklagte von vornherein nur die nach ihrer Auffassung unstreitige VergÃ¼tung i.H.v. 885,44Â â□¬ gezahlt und die KlÃ¤gerin sodann mit einer Klage die Zahlung der ausstehenden VergÃ¼tung i.H.v. 1.925,04Â â□¬ geltend gemacht hÃ¤tte.

Â

2. Entgegen der Auffassung des SG ist der Streitwert fÃ¼r das erstinstanzliche Verfahren nicht zeitlich gestaffelt festzusetzen. Soweit der Senat in frÃ¼heren

Entscheidungen eine andere Auffassung vertreten hat (BeschlÃ¼sse vom 20.05.2008 â□□ L 16 B 87/07 KR â□□, Rn.Â 14 ff., juris, und vom 03.07.2008 â□□ L 16 B 31/08 KR â□□, Rn.Â 13, juris), hÃ¤lt er hieran nicht lÃ¤nger fest und gibt diese auf.

Â

Der Senat ist befugt, den angefochtenen Beschluss in Bezug auf diesen Gesichtspunkt zu prÃ¼fen und insofern abzuÃ¤ndern. In Bezug auf den PrÃ¼fungsumfang ist er nicht an den Vortrag der Beschwerde gebunden. Vielmehr entspricht der PrÃ¼fungsumfang des Beschwerdegerichts im Verfahren Ã¼ber die Streitwertbeschwerde dem des Ausgangsgerichts (Laube in BeckOK KostR, 46. Ed. 01.07.2024, GKG Â§Â 68 Rn. 151, beck-online). Das Verbot der reformatio in peius gilt nicht (Laube a.a.O. Rn. 161, beck-online).

Â

FÃ¼r die Festsetzung der Gerichtskosten in sozialgerichtlichen Verfahren nach Â§Â 197a SGG ist nur der Streitwert zum Zeitpunkt der Entstehung von Gerichtskosten, d.h. zum Zeitpunkt der den jeweiligen Streitgegenstand betreffenden Antragstellung maÃ□gebend, die den Rechtszug einleitet (Â§Â§Â 40, 52 Abs.Â 1 GKG). SpÃ¤tere Ã□nderungen der Klageforderung im Verfahren â□□ etwa durch teilweise RÃ¼cknahme oder Teilanerkenntnis â□□ sind fÃ¼r die Bestimmung des fÃ¼r die GerichtsgebÃ¼hren maÃ□geblichen Streitwerts unerheblich.

Â

Eine Festsetzung des fÃ¼r Klage und Widerklage nach Â§Â 45 Abs.Â 1 SatzÂ 1 GKG zusammengerechneten Streitwerts erst ab dem Zeitpunkt der AnhÃ¤ngigkeit der Widerklage folgt nicht aus Â§Â 40 GKG, wonach fÃ¼r die Wertberechnung der Zeitpunkt der den jeweiligen Streitgegenstand betreffenden Antragstellung maÃ□gebend ist, die den Rechtszug einleitet (so zur Klageerweiterung Schindler in BeckOK KostR, 46. Ed. 01.01.2024, GKG Â§Â 40 Rn.Â 12). Rein verfahrensrechtlich handelt es sich zwar bei Klage und Widerklage um zwei unterschiedliche StreitgegenstÃ¤nde. FÃ¼r das Kostenrecht maÃ□geblich ist jedoch â□□ dem Grundsatz der Einheit der Kostenentscheidung entsprechend â□□ der Gesamtstreitwert. Dieser bestimmt sich â□□ wie dargestellt â□□ nach Â§Â 45 Abs.Â 1 SatzÂ 1 GKG; nur dieser Gesamtstreitwert ist dem Kostenansatz zugrunde zu legen (OLG MÃ¼nchen, Beschluss vom 28.01.2022Â â□□ 11 W 6/22Â â□□, Rn. 9, juris).

Â

Im Hinblick auf Â§Â 32 Abs.Â 1 RechtsanwaltsvergÃ¼tungsgesetz (RVG), wonach die Festsetzung des (Gerichtskosten-)Streitwerts gemÃ¤Ã□ Â§Â 63 GKG auch fÃ¼r die Festsetzung der GebÃ¼hren eines Rechtsanwaltes maÃ□gebend ist, wird vertreten, dass im Fall der Ã□nderung des Streitwerts, insbesondere nach Reduzierung durch KlagebeschrÃ¤nkung, Teilanerkenntnis oder Teilvergleich, ein

Rechtsschutzinteresse der betroffenen Beteiligten an einer gestaffelten Streitwertfestsetzung bestehe, sofern diese Beteiligten Rechtsanwaltskosten auszugleichen hÃ¤tten. Anders als bei der Berechnung von Gerichtskosten im erstinstanzlichen sozialgerichtlichen Verfahren nach Â§Â 197a SGG, in dem nach Â§Â 52 Abs.Â 1 GKG und Nrn.Â 7110 und 7111 KV zum GKG lediglich eine einzige GebÃ¼hr als BerechnungsgrÃ¶Ãe heranzuziehen und allenfalls zu reduzieren sei, berechne sich die anwaltliche VergÃ¼tung nach der Konzeption des RVG auch in Verfahren vor den Sozialgerichten aus der Addition verschiedener EinzelgebÃ¼hren, fÃ¼r deren HÃ¶he in den streitwertabhÃ¤ngigen Verfahren des Â§Â 197a SGG derjenige Streitwert heranzuziehen sei, der im Zeitpunkt seines Anfalls maÃgebend sei. Sei der Streitwert in einzelnen Verfahrensabschnitten unterschiedlich hoch, sei dies bereits bei der Streitwertfestsetzung nach dem GKG zu beachten (BeschlÃ¼sse des Senats vom 20.05.2008Â â L 16 B 87/07 KRÂ â, Rn. 14 ff., juris, und vom 03.07.2008 â L 16 B 31/08 KR â, Rn.Â 13, juris; ebenso LSG Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 13.03.2007Â â L 5 B 373/06 KNK Â â, Rn. 7, juris; Bayerisches LSG, BeschlÃ¼sse vom 14.09.2011Â â L 2 U 298/11 BÂ â, Rn. 11, juris, und vom 30.10.2012Â â L 5 R 800/12 BÂ â, Rn. 11, juris; LSG Sachsen-Anhalt, Beschluss vom 18.03.2013Â â L 4 KR 104/12 B Â â, Rn. 16, juris; LSG Baden-WÃ¼rttemberg, Beschluss vom 15.03.2016Â â L 11 R 5055/15 BÂ â, Rn. 7, juris; SÃ¤chsisches LSG, Beschluss vom 30.05.2016Â â L 1 KA 3/15 BÂ â, Rn. 28, juris).

Â

An dieser Rechtsprechung hÃ¤lt der Senat nicht lÃ¤nger fest und gibt diese auf.

Â

Das GKG sieht eine Pflicht zu einer nach Zeitabschnitten gestaffelten Festsetzung des endgÃ¼ltigen Streitwerts nicht vor, da diese Festsetzung lediglich der Bemessung der GerichtsgebÃ¼hren dient. Eine nach Zeitabschnitten gestaffelte Streitwertfestsetzung ist weder mit Blick auf die Festsetzung der GerichtsgebÃ¼hren noch unter BerÃ¼cksichtigung anwaltlicher GebÃ¼hreninteressen geboten.

Â

SpÃ¤testens seit der Ausweitung des PauschalgebÃ¼hrensystems (dazu BT-Drs. 15/1971, S.Â 141 f.) auf die Verfahren aller Gerichtsbarkeiten durch das (Erste) Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (KostRMoG) vom 05.05.2004 (BGBl. I S. 718) ist das BedÃ¼rfnis fÃ¼r eine zeitlich gestaffelte Streitwertfestsetzung im Rahmen des GKG entfallen (LSG Baden-WÃ¼rttemberg, Beschluss vom 13.08.2020Â â L 11 KR 1639/20 BÂ â, Rn. 18 m.w.N., juris; SÃ¤chsisches LSG, Beschluss vom 07.11.2022Â â L 1 KR 240/19 BÂ â, Rn. 12, juris; LSG NRW, BeschlÃ¼sse vom 11.12.2023Â â L 10 KR 427/23 B KHÂ â n.v. und vom 06.02.2024Â â L 10 KR 707/23 BÂ â n.v.; Hessischer Verwaltungsgerichtshof, Beschluss vom 15.11.2018Â â 1 E 996/18Â â, Rn. 26, juris; OLG Bremen, Beschluss vom 05.01.2022Â â 2 W 56/21Â â, Rn. 6, juris; OLG DÃ¼sseldorf, Beschluss vom

04.04.2022Â â□□ I-12 W 5/22Â â□□, Rn. 5, juris; OLG Stuttgart, Beschluss vom 16.05.2023Â â□□ 10 W 19/23Â â□□, Rn. 14, juris).

Â

Eine nach Zeitabschnitten gestaffelte Festsetzung des endgÃ¼ltigen Streitwerts nach Â§Â 63 Abs.Â 2 GKG ist auch nicht deshalb geboten oder gerechtfertigt, weil im Rahmen der Festsetzung der anwaltlichen VergÃ¼tung unterschiedliche Werte fÃ¼r verschiedene GebÃ¼hren maÃ□gebend sein kÃ¶nnen und sich Verfahrens-, Termins- und EinigungsgebÃ¼hr nicht zwangslÃ¤ufig nach demselben Gegenstandswert richten wie die GerichtsgebÃ¼hren (so die nunmehr wohl h.M.: LSG Baden-WÃ¼rttemberg, Beschluss vom 13.08.2020, a.a.O.; LSG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 12.08.2021Â â□□ L 9 KR 175/21 BÂ â□□, Rn. 6, juris; SÃ¤chsisches LSG, Beschluss vom 07.11.2022, a.a.O., Rn 14; LSG NRW, BeschlÃ¼sse vom 11.12.2023Â â□□ L 10 KR 427/23 B KHÂ â□□ n.v. und vom 06.02.2024Â â□□ L 10 KR 707/23 BÂ â□□ n.v.; OLG MÃ¼nchen, Beschluss vom 13.12.2016Â â□□ 15 U 2407/16Â â□□, Rn. 16, juris; OLG Dresden, Beschluss vom 17.01.2019Â â□□ 8 W 24/19Â â□□, Rn. 10, juris; OLG NÃ¼rnberg, Beschluss vom 12.01.2022Â â□□ 2 W 4619/21Â â□□, Rn. 11, juris; OLG Stuttgart, Beschluss vom 16.05.2023Â â□□ 10 W 19/23Â â□□, Rn. 14, juris).

Â

Zwar ist â□□ wie ausgefÃ¼hrt â□□ nach Â§Â 32 Abs.Â 1 RVG grundsÃ¤tzlich der fÃ¼r die GerichtsgebÃ¼hren festgesetzte Streitwert auch fÃ¼r die GebÃ¼hren des Rechtsanwalts maÃ□gebend. Abweichend davon erÃ¶ffnet Â§Â 33 Abs.Â 1 RVG unter den dort genannten Voraussetzungen die MÃ¶glichkeit der gesonderten Festsetzung des Gegenstandswerts der anwaltlichen TÃ¤tigkeit (dazu ausfÃ¼hrlich SÃ¤chsisches LSG, Beschluss vom 07.11.2022, a.a.O., Rn. 14 ff. m.w.N., juris; OLG Dresden, BeschlÃ¼sse vom 16.01.2019 â□□ 8 W 8/19 â□□, Rn. 9, juris, und vom 19.07.2022Â â□□ 12 W 367/22 â□□, Rn. 4, juris; ebenso Gierke, SGb 2020, 736, 739 f.).

Â

Berechnen sich die GebÃ¼hren in einem gerichtlichen Verfahren nicht nach dem fÃ¼r die GerichtsgebÃ¼hren maÃ□gebenden Wert oder fehlt es an einem solchen Wert, setzt das Gericht des Rechtszugs den Wert des Gegenstands der anwaltlichen TÃ¤tigkeit auf Antrag durch Beschluss selbststÃ¤ndig fest (Â§Â 33 Abs.Â 1 RVG). Diese Regelung ist (zwar) nur anwendbar, wenn Â§Â 32 RVG nicht einschlÃ¤gig ist. Eine Bindungswirkung nach Â§Â 32 Abs.Â 1 RVG kann aber nur in dem Umfang eintreten, in dem der Gegenstand der anwaltlichen TÃ¤tigkeit mit dem Streitgegenstand des gerichtlichen Verfahrens Ã¼bereinstimmt (LSG Baden-WÃ¼rttemberg, Beschluss vom 13.08.2020, a.a.O., Rn. 16). Eine Wertfestsetzung nach Â§Â 33 Abs.Â 1 RVG scheidet mithin nur dann aus, wenn die gesamte TÃ¤tigkeit des Rechtsanwalts von der gerichtlichen Wertfestsetzung nach dem GKG bereits erfasst worden ist (Thiel/N. Schneider in Schneider/Volpert, AnwK RVG, 9. Auflage 2021; Â§Â 33 Rn. 5). Es erscheint insoweit sachgerecht, die Beteiligten in

FÃ¤llen unterschiedlicher Gegenstandswerte fÃ¼r die anwaltliche TÃ¤tigkeit auf das Antragsverfahren nach Â§Â 33 Abs.Â 1 RVG zu verweisen (LSG Baden-WÃ¼rttemberg, Beschluss vom 13.08.2020, a.a.O., Rn. 18; SÃ¤chsisches LSG, Beschluss vom 07.11.2022, a.a.O., Rn. 16; LSG NRW, Beschluss vom 11.12.2023Â â□□ L 10 KR 427/23 B KHÂ â□□ n.v. und vom 06.02.2024Â â□□ L 10 KR 707/23 BÂ â□□ n.v.).

Â

Das Beschwerdeverfahren ergeht gebÃ¼hrenfrei; Kosten sind nicht zu erstatten (Â§Â 68 Abs.Â 3 GKG).

Â

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (Â§Â 68 Abs.Â 1 SatzÂ 5, Â§Â 66 Abs.Â 3 SatzÂ 3 GKG, Â§Â 177 SGG).

Â

Â

Erstellt am: 16.10.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024